

Bericht aus Berlin

Gunther Krichbaum 

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde,

das neue Jahr ist erst wenige Wochen alt, doch schon jetzt halten uns die weltpolitischen Ereignisse in Atem: die noch einmal intensivierten **russischen Angriffe** auf die ukrainische Wärme- und Stromversorgung, die Festnahme des **venezolanischen Präsidenten**, die maßlose **Gewalt des iranischen Mullah-Regimes** gegen meist jugendliche Demonstranten oder der **Anspruch des US-Präsidenten auf Grönland** bestimmten die täglichen Nachrichten. Für Deutschland und Europa gilt, dass weiterhin höchste Konzentration und Einigkeit gefordert bleiben.

Ein gutes Beispiel für ein handlungsfähiges Europa ist es, dass die EU nun nach 25 Verhandlungsjahren endlich mehrheitlich dem Handelsabkommen mit den **Mercosur-Staaten** (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) zugestimmt hat. Europa steht zum fairen, regelbasierten Welthandel, der für alle Beteiligten Wohlstandsgewinne bringt. Hoffentlich können auch die aktuell laufenden Verhandlungen über weitere Freihandelsabkommen, z.B. mit Indien, rasch abgeschlossen werden.

Aber natürlich hat auch im politischen Berlin das neue Jahr mit viel Arbeit begonnen. In dieser Woche sind die parlamentarischen Beratungen zu weiteren wichtigen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag gestartet. Politisch am bedeutendsten ist dabei die **Abschaffung des Bürgergelds und die Einführung der neuen Grundsicherung**. Das ist ein echtes Gerechtigkeitsthema.

Einen besonders schönen Termin hatte ich am letzten Mittwoch: Bundesdigitalminister Karsten Wildberger hat dem Zweckverband „**Breitbandausbau im Enzkreis**“ eine Förderurkunde über **39,8 Mio. Euro** überreicht, um den Glasfaserausbau in der Region zu beschleunigen (s. unten). So kommt Deutschland wieder nach vorne!

Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre und ein schönes Wochenende.

Gunther Krichbaum

Abonnieren Sie hier meinen neuen Newsletter

Bislang wurde dieser Newsletter dankenswerterweise von der CDU-Kreisgeschäftsstelle verschickt. Um Sie direkt mit Informationen zu aktuellen Themen versorgen zu können, möchte ich Sie bitten, sich hier anzumelden, um meinen Newsletter zu abonnieren.

Zudem erreichen Sie mich selbstverständlich auch weiterhin in meinen Büros in Pforzheim und Berlin:

Wahlkreisbüro Pforzheim:

Telefon: 07231-140061

Email: gunther.krichbaum.wk@bundestag.de

Bundestagsbüro Berlin:

Telefon: 030-227 70371

Email: gunther.krichbaum@bundestag.de

Email: gunther.krichbaum@bundestag.de

Sie wollen nicht auf den Newsletter warten, sondern tagesaktuell dabei sein?

Dann folgen Sie mir auf:



Ziel erreicht

Wir sorgen für mehr Gerechtigkeit bei der Grundsicherung



Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wird das **Bürgergeld der Ampel-Regierung abgeschafft und die neue Grundsicherung eingeführt**. Am Donnerstag begannen dazu die parlamentarischen Beratungen. Mit dem Gesetzesentwurf verbessern wir die Arbeitsaufnahme, indem die

Vermittlung wieder vorrangig wird. Dabei ist zentral: Wer keine Termine einhält oder zumutbare Arbeit nicht annimmt, erhält keine Leistungen. Selbstverständlich

werden dabei individuelle Härtefälle berücksichtigt. Damit tritt der Grundsatz „Fördern und Fordern“ wieder in den Vordergrund. Der Staat fördert Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit und zugleich fordern wir die aktive Mitwirkung desjenigen ein, der staatliche Unterstützung erhält. Den Jobcentern werden wir dazu wirksamere Instrumente an die Hand geben, mit denen die Mitwirkung eingefordert werden kann. Zugleich sollen sie Menschen noch besser auf dem Weg in Arbeit unterstützen. Dazu wird unter anderem der Zugang zur Förderung der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen erweitert und Jobcenter bekommen mehr finanzielle Spielräume für Förderleistungen. Zusätzlich erhalten die Jobcenter wirksamere Instrumente zur Bekämpfung des Sozialleistungsmisbrauchs.

Ziel erreicht

Der Rechtskreiswechsel für Flüchtlinge aus der Ukraine kommt - Migrationswende geht weiter

Flüchtlinge aus der Ukraine, die sich **seit dem 1. April 2025** in Deutschland registriert haben, erhalten zukünftig **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz**, so wie Flüchtlinge aus anderen Ländern auch.

Hauptunterschied zum aktuellen Zustand: Die Regelsatzleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz liegen etwa 20 Prozent unter dem Betrag der Grundsicherung, der bislang gezahlt wurde. Für Alleinstehende ist

ein Grundbedarf von 441 Euro vorgesehen, während der Regelsatz bei der Grundsicherung 563 Euro beträgt.

Wichtig sind auch die Neuregelungen beim sogenannten „**Schonvermögen**“. Beim Bezug von Bürgergeld gibt es aktuell im ersten Jahr ein Schonvermögen von 40.000 Euro. Bei Asylbewerberleistungen ist das jedoch ganz anders. Hier beträgt das Schonvermögen nur 200 Euro. Es ist schwer nachvollziehbar, wenn vor den Unterkünften ukrainischer Flüchtlinge teure Autos stehen, während der Lebensunterhalt vom Staat finanziert wird. Am Schutzstatus für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ändert sich nichts, auch der sofortige Zugang zum Arbeitsmarkt bleibt erhalten.



Ziel erreicht

Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes – Entlastung der Unternehmen durch Abschaffung der Berichtspflicht



Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, **entfällt zunächst die Berichtspflicht über die Einhaltung der Sorgfaltspflichten** und ein Verstoß gegen die fortgeltenden Sorgfaltspflichten wird **nur noch bei schweren Verstößen sanktioniert**. Mit diesen Maßnahmen werden Unternehmen weiter entlastet und die deutsche Volkswirtschaft gestärkt. Auch der Vollzug des Gesetzes wird nach den Vorgaben des Koalitionsvertrages

ausgestaltet: Die zuständigen Ressorts weisen das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) als Kontrollbehörde an, den Unternehmen alle ausstehenden Berichte zu erlassen, in der Prüfung noch stärker als bisher auf Dialog mit den Unternehmen zu setzen und in laufenden wie auch in künftigen Fällen Bußgelder nur noch bei schweren Vorwürfen zu verhängen. In allen übrigen (laufenden und künftigen) Fällen soll das BAFA ab sofort von Bußgeldern absehen. Das Gesetz berücksichtigt noch nicht die am Ende letzten Jahres in einem „Omnibusverfahren“ beschlossene Europäische Lieferkettenrichtlinie (Richtlinie der Europäischen Union über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit, CSDDD), die insbesondere durch eine Verschiebung und Verengung des Anwendungsbereichs die Pflichten für die Wirtschaft weiter deutlich "entschärft", um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. Sie ist nun zügig in deutsches Recht zu überführen.

Ziel erreicht

Der Wolf kann bejagt werden

Ein weiterer Meilenstein unserer Landwirtschaftspolitik ist die Entscheidung der Koalition, den **Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen**. Dort, wo er insbesondere eine konkrete Bedrohung für Nutztiere darstellt – auf Weiden, in Offenlandschaften oder auf Deichen –, soll er künftig aktiv bejagt werden können. Damit schaffen wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner einen realistischen Ausgleich zwischen



39,8 Millionen für den Bau von 6.439 Glasfaseranschlüssen im Enzkreis!

Bundesdigitalminister Dr. Karsten Wildberger hat Mittwochabend im Rahmen einer kleinen Feierstunde in Berlin insgesamt 21 Förderbescheide zum Gigabit-Ausbau übergeben. Diese hatten ein Gesamtvolumen von 733 Mio. Euro und sollen 145.000 neue Glasfaseranschlüsse schaffen. Insgesamt hat das Gigabit-Ausbaprogramm des Bundes ein Volumen von 1,3 Mrd. Euro.

Auch der **Zweckverband**

„Breitbandausbau im Enzkreis“ erhielt eine Förderurkunde über 39,8 Mio. Euro. Sie wurde von Dr. Hilde Neidhardt, 1. Landesbeamtin, entgegengenommen. Die Förderung

für die Zweckverband war die Zweithöchste unter allen 21 geförderten Projekten. Mit ihr werden 6.439 neue Anschlüsse im Enzkreis ermöglicht. Die Förderung des Bundes für schnelles Internet hat 2016 mit dem Weiße-Flecken-Programm begonnen, später kamen das Graue-Flecken-Programm und die Gigabit-Förderung hinzu. Im Mittelpunkt stehen jene Gebiete, in denen sich der Ausbau für die Telekommunikationsunternehmen wirtschaftlich nicht rechnet. Insgesamt hat der Bund seither 21 Mrd. Euro in die Versorgung des ländlichen Raums investiert. Hinzu kommen die Förderungen durch die Länder und die erheblichen Eigenanteile der jeweiligen Kommunen. Mit der Förderung für schnelles Internet sorgen wir für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und sichern den Wirtschaftsstandort Deutschland, gerade für den Mittelstand im ländlichen Raum. Aber Geld alleine ist nicht der Schlüssel zum Erfolg, sondern wir müssen auch das Tempo beim Ausbau erhöhen. Um hier besser zu werden, hat die neue Bundesregierung bereits wenige Wochen nach Amtsantritt im Telekommunikationsgesetz einen Passus aufgenommen, wonach der Breitbandausbau im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegt. Das verkürzt Genehmigungsverfahren und beschleunigt den Ausbau. So kommt Deutschland wieder nach vorne.





Erste Sitzung der CDU-Landesgruppe Baden-Würtemberg in Berlin mit **Bildungs- und Familienministerin Karin Prien**. Thema war die Verbesserung des Bildungssystems, frühzeitige Sprachförderung, Stärkung der Lehrkräfte und verbindliche Bildungsstandards bei Einhaltung des föderalen Bildungsrahmens.



„Pforzheim muss Universitätsstadt werden!“

In der vergangenen Woche haben wir im Vorfeld des Neujahrsempfangs im CCP eine Petition gestartet, mit der wir uns dafür einsetzen, Pforzheim zur Universitätsstadt zu entwickeln.

Pforzheim verfügt bereits heute über großes Potenzial, dieses Ziel zu erreichen. An der Hochschule arbeiten und forschen Studentinnen und Studenten schon jetzt eng mit den in Pforzheim und im Enzkreis ansässigen Hidden Champions zusammen, um neue Technologien zu entwickeln und Innovationen voranzubringen.

Wenn auch Sie unser Anliegen unterstützen möchten, können Sie die Petition [hier](#) unterzeichnen.

Homepage: www.gunther-krichbaum.de

Sie wollen keine E-Mail mehr erhalten? Dann melden Sie sich [hier](#) bitte ab.